

Steuergeschenke an die Konzerne sind der falsche Weg

Die Mehrwertsteuer belastet die Bevölkerung mit 20 Milliarden Euro. Zugleich sollen Unternehmen um schätzungsweise zehn Milliarden entlastet werden – der Gipfel der Ungerechtigkeit.

Wir wissen es. Finanzminister Steinbrück tut es leid, die Bevölkerung mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer zu belasten. So beteuert er immer wieder. 20 Milliarden Euro sind ja auch kein Pappenstil. Auch würde er uns weitere Einschnitte nur schweren Herzens zumuten. Kürzung der Pendlerpauschale, Sparerfreibeträge... alles zusammen 30 Milliarden Euro. Aber alles sei notwendig – so Steinbrück –, da die Staatsfinanzen marode seien. Haushaltskonsolidierung sei angesagt. Manch einer mag sich in diesen scheinbaren Sachzwang knurrend fügen.

Merkwürdig nur: Für neue Steuergeschenke an die Unternehmer ist Geld da! Fünf Milliarden Euro soll die Unternehmenssteuerreform kosten. Nach offiziellen Schätzungen. Der Finanzminister präsentiert sie ohne rot zu werden. Im Koalitionsvertrag hieß es noch, die Reform solle kostenneutral erfolgen.

Bei den fünf Milliarden Euro wird es jedoch nicht bleiben. Es gibt etliche ungeklärte Positionen und Luftbuchungen. Etwa dass die Reform dazu führen werde, dass vermehrt Gewinne in Deutschland versteuert werden – ein reiner Hoffnungswert. 3,5 Milliarden Euro sollen so „gegenfinanziert“ werden. Nach Schätzungen des Steuerexperten Professor Jarass werden die Einnahmeverluste mindestens 10 Milliarden Euro im Jahr betragen. Die Hälfte der Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuererhöhung soll den Unternehmen geschenkt werden! Selten wird das Volk so offen an der Nase herumgeführt.

Dabei schwimmen die Konzerne ohnehin im Geld. Und machen Milliardengewinne. Viele werfen ohne wirtschaftliche Not Tausende von Beschäftigten auf die Straße. Und jetzt weitere massive Steuergeschenke? Von uns bezahlt?

¹ Michael Schlecht ist Chefvolkswirt beim ver.di Bundesvorstand in Berlin

Mehr Investitionen und Beschäftigung – das soll die Senkung der Unternehmensteuern bringen. 2001 hat Rot-Grün dieses Experiment schon einmal gemacht – und ist kräftig „auf die Nase gefallen“. Damals war geplant den Konzernen und Aktiengesellschaften acht Milliarden Euro nachzulassen. Am Ende wurde daraus ein Geschenk von über 20 Milliarden Euro! 2001 wurden überhaupt keine Steuern gezahlt. Im Gegenteil: Die Finanzbeamten zahlten 400 Millionen Euro an die Unternehmer. Sie müssen sich damals wie im Schlaraffenland gefühlt haben. Aber nicht für die Beschäftigten! Investitionen und Arbeitsplätze sind gleichwohl weiter zurückgegangen. Mindestens 50 Milliarden Euro Steuereinnahmen sind seitdem verschenkt worden. Dafür sind die Gewinne um so stärker gewachsen!

Es ist abenteuerlich: Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Vorstellung Steuersenkungen bewirkten Investitionen eine „Lebenslüge“ ist. Was wird daraus gelernt? Nichts! Dem Volk wird weiterhin der gleiche Unsinn erzählt!

Die Unternehmensteuern sind angeblich hierzulande zu hoch, nicht wettbewerbsfähig. Ein Argument, dass für den Exportweltmeister von besonderer Überzeugungskraft strotzt. Der theoretische Steuersatz liegt in Deutschland bei rund 39 Prozent. Nur Japan und die USA liegen darüber. Tatsächlich ist die Besteuerung jedoch löcheriger als ein Schweizer Käse. Steuerschlupflöcher ohne Ende. Große Teile des Gewinns werden herausgerechnet und gar nicht besteuert. Deshalb ist der tatsächliche Steuersatz deutlich niedriger als der theoretische.

Nach Berechnungen von Professor Jarass fließen 16 Prozent der Gewinne der Konzerne dem Staat zu. Nach Angaben der EU sind es 20 Prozent. 16 bis 20 Prozent – das dürfte die realistische Spanne sein. Nicht einmal die Hälfte der theoretischen Steuerlast! Und: Ein international günstiger Steuersatz. Übrigens: Der Finanzminister weiß nicht wie hoch die tatsächliche Steuerlast ist – er liebt Reformen im Blindflug.

Immer wieder wird behauptet, dass wir die Steuern senken müssten weil der internationale Steuerwettbewerb uns dazu zwingt. Und die Globalisierung. National sei man der internationalen Konkurrenz hilflos ausgeliefert. Man sieht: Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Mit der jetzigen Steuerpolitik wird das internationale Steuerdumping angeheizt. Nicht Deutschland ist das Opfer, diese Regierung macht unser Land zum Täter.

Die Steuergeschenke der Vergangenheit sind der Grund für die Finanzmisere des Staates. Die fortdauernden Steuergeschenke, eingeleitet von Rot-Grün, zu beenden – das wäre der richtige Weg. Anstatt 30 Milliarden Euro bei breiten Teilen der Bevölkerung einzukassieren. Läge die tatsächliche Besteuerung der Gewinne auf europäischem Niveau, erhielte der Finanzminister 20 Milliarden Euro mehr. 100.000 Euro weniger als 1998 zahlt heute ein Einkommensmillionär. Jedes Jahr. Würden die Steuergeschenke für Reiche gestrichen, wären zehn Milliarden Euro mehr in der Staatskasse.

Auch die Steuerpolitik leistet einen Beitrag zur Verdrossenheit der Bürger und Bürgerinnen. Sie ist dafür mitverantwortlich, dass dreiviertel der Menschen diese Republik für unsozial halten. Bedrohlich wird, dass auch immer mehr an der Demokratie ihre Zweifel bekommen. Rot-Grün hat den Nährboden gelegt, Schwarz-Rot treibt die Ungerechtigkeiten auf die Spitze.